



Heidelberger Hochschulreden

**Wettbewerb nach Regeln – Plädoyer für eine
marktwirtschaftliche Ordnungspolitik!**

Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Bank AG

Hochschule für Jüdische Studien

Heidelberg
1. April 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

I.

Sehr geehrter Herr Professor Korn,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst der Hochschule für Jüdische Studien herzlichen Dank sagen für die freundliche Einladung, im Rahmen ihrer Heidelberger Hochschulreden vorzutragen. Gerne bin ich dieser Einladung gefolgt und freue mich, heute zu Ihnen sprechen zu können.

Die Hochschule für Jüdische Studien hier in Heidelberg besteht seit 30 Jahren. Sie ist damit halb so alt wie die Bundesrepublik Deutschland, deren 60-jähriges Bestehen wir am 23. Mai feiern können.

Dieses Jubiläum möchte ich zum Anlass nehmen, heute einmal nicht über die Finanzmarktkrise zu sprechen, sondern ganz grundsätzlich auf die Wirtschaftsordnung dieser Republik zu blicken, die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist in ihrem Kern noch ein knappes Jahr älter als die Bundesrepublik Deutschland.

Im Juni 1948 führte Ludwig Erhard die D-Mark ein und kündigte zugleich die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung an. Markt und Wettbewerb traten an die Stelle staatlicher Reglementierung.

Die Folge war ein die ganze Welt beeindruckender Aufschwung in den 50er und frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, das deutsche "Wirtschaftswunder". Die Wirtschaft expandierte damals längere Zeit mit zweistelligen Wachstumsraten, so wie wir es in jüngster Zeit in aufstrebenden Ländern wie China erlebt haben. Damit trug die Marktwirtschaft auch entscheidend zur Stabilisierung der jungen deutschen Demokratie bei.

In den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre hat die Wirtschaft in der Bundesrepublik deutlich an Schwung verloren. Dem war eine kräftige Expansion der Staatstätigkeit, besonders im Sozialbereich, vorausgegangen.

Trotz des deutlich schwächeren Wachstums ist es Deutschland in den 90er Jahren gelungen, die schweren Lasten der Einheit zu schultern.

Und in den vergangenen Jahren konnte sich die Wirtschaft dieses Landes sogar wieder in neuer Stärke präsentieren. Dank großer Kraftanstrengungen der Unternehmen und einer wieder mehr marktorientierten Wirtschaftspolitik gehört Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung. Ein Beleg dafür sind die zuletzt erzielten Beschäftigungserfolge. Sie eröffnen die Chance, dass sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der aktuellen Krise in Grenzen hält.

Insgesamt kann Deutschland also stolz sein auf das in 60 Jahren Bundesrepublik Erreichte. Im Kontrast zu dieser Erfolgsgeschichte jedoch hat das Wirtschaftssystem, das all dies möglich machte – die Soziale Marktwirtschaft – hierzulande viel an Ansehen verloren. Und zwar schon lange vor der gegenwärtigen Krise.

Für diesen Ansehensverlust, der auch in anderen Industrieländern zu beobachten ist, sehe ich mehrere Gründe:

1. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat die Marktwirtschaft ihr Gegenmodell verloren, von dem sie sich positiv abheben konnte. Die Erinnerung an das totale Versagen der sozialistischen Staatswirtschaft ist inzwischen stark verblasst.
2. Als Folge der Globalisierung und dem damit einhergehenden schärferen internationalen Wettbewerb muss der wirtschaftliche Erfolg noch härter erarbeitet werden als zuvor.
3. Viele Menschen sehen ihre Arbeitsplätze durch die internationale Konkurrenz bedroht. Gerade diesem Punkt kommt aus meiner Sicht große Bedeutung zu – lassen Sie mich ihn daher etwas eingehender erläutern. Während Kapital und Wissen heute weltweit gesucht sind, fällt es weniger qualifizierten Arbeitskräften schwerer, eine Beschäftigung zu finden. Das resultiert aber weniger als allgemein angenommen aus der Integration von mehreren Milliarden neuer Arbeitskräfte aus den Schwellenländern in die Weltwirtschaft. Wichtiger ist hier die IT-Revolution und der damit verbundene Strukturwandel hin zur Wissensgesellschaft.

Darauf hat Deutschland bisher nur unzureichend reagiert. Vor allem im Bildungssystem zeigen sich Schwachstellen. Hier ist es nicht in hinreichendem Maße gelungen, die Menschen mit den Fähigkeiten und Kenntnissen auszustatten, die beruflichen Erfolg im Wissenszeitalter nachhaltig sichern. Dieses Versäumnis verstärkt das Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen, das Kritiker der Marktwirtschaft gerne als systemimmanenten Webfehler anlasten.

Es wäre daher ein gefährlicher Irrweg, als Reaktion auf die aktuelle Krise die Globalisierung zurückdrängen oder gar die Marktwirtschaft außer Kraft setzen zu wollen. Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre sollten hier Warnung genug sein. Nach dem Börsencrash von 1929 wollten viele Länder mit protektionistischen Mitteln wie höheren Importzöllen und der Abwertung der eigenen Währung heimische Arbeitsplätze retten. In der Folge brach das Volumen des Welthandels bis 1933 um fast zwei Drittel ein. Wir wissen inzwischen alle, wie sehr das den wirtschaftlichen Niedergang in jenen Krisenjahren verschärft hat und kennen die verheerenden politischen und auch moralischen Verwüstungen, die das zur Folge hatte.

Protektionismus ist auch heute wieder eine reale Gefahr für Wohlstand und Frieden in unserer globalisierten Welt. Gerade Deutschland braucht offene Märkte. Wir erwirtschaften fast die Hälfte des Sozialprodukts im Export, dieser verschafft fast einem Viertel aller Erwerbstätigen Arbeit.

Protektionismus zu bekämpfen und sich zu einer globalen Wirtschaft zu bekennen, sind Gebot der wirtschaftlichen Vernunft **und** auch der Moral: Freier Kapitalverkehr, Direktinvestitionen und Welthandel haben sich gerade in den knapp zwei Jahrzehnten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs als wirksame Waffe gegen Armut, Hunger und Unterentwicklung erwiesen. So sind heute weltweit rund 450 Millionen Menschen weniger von starker Armut betroffen als 1990 (wobei die neue Weltbank-Definition eines täglichen Einkommens von weniger als 1,25 US-Dollar als Armut zugrunde gelegt ist). Dieser Erfolg resultiert ganz überwiegend aus Fortschritten in China und anderen ostasiatischen Schwellenländern, die die Globalisierung voll angenommen haben. Hingegen ist die Armut in Ländern, die nicht an der Globalisierung teilnehmen, bedauerlicherweise noch größer geworden.

Dieser Befund zeigt eindrucksvoll, was freie Märkte leisten können. Die Marktwirtschaft hat sich als Steuerungsprinzip keineswegs überlebt, weder für die Weltwirtschaft noch für Deutschland. Ganz im Gegenteil!

4. Grund für das gesunkene Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft ist auch ein schlechtes Marketing. In den Medien dominiert mitunter ein doch sehr einseitig negatives Bild unserer Wirtschaftsordnung. Oft wird hier Marktwirtschaft mit Kapitalismus in seiner völlig ungezügelter Form gleichgesetzt. Hier ist gerade auch die Wirtschaft selbst gefordert, sich verstärkt zu engagieren und für unsere Wirtschaftsordnung in Wort und Tat zu werben. Und zwar nicht nur mit Effizienz-, sondern auch mit moralischen Argumenten.

II.

Denn davon bin ich überzeugt: Marktwirtschaft ist nicht nur eine effiziente, sie ist auch eine moralisch gute Ordnung. Sie motiviert die Menschen zu Leistungen, die das Allgemeinwohl mehren. Dabei baut sie auf das natürliche Streben der Menschen, ihr eigenes Wohlergehen zu verbessern. Sie kennen die berühmten Worte von Adam Smith: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von deren Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse.“

Das individuelle Vorteilsstreben wird an den Märkten durch die "unsichtbare Hand" des Wettbewerbs so kanalisiert, dass es dem Wohl der Allgemeinheit dient. Wie der renommierte Wirtschaftsethiker Professor Karl Homann zu Recht betont, setzt das marktwirtschaftliche Prinzip die Goldene Regel der Ethik, Immanuel Kants kategorischen Imperativ, zeitgemäß d.h. unter den Bedingungen einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft um.

Märkte ermöglichen die bestmögliche Versorgung der Konsumenten. Nach dem Motto "das Bessere ist der Feind des Guten" erzwingt der Wettbewerb unternehmerische Bestleistungen. Um am Markt zu bestehen und damit weiter Arbeitsplätze anbieten und Steuern zahlen zu können, müssen die Unternehmen ihre Ressourcen stets optimal einsetzen und Kundenwünsche bestmöglich befriedigen.

Nur erfolgreiche und das heißt profitable Unternehmen können expandieren, Zukunftschancen eröffnen und Innovationen vorantreiben. Hingegen müssen ineffiziente Firmen, die Verlust machen, letztlich aus dem Markt ausscheiden.

Hier zeigt sich die zentrale Funktion der Gewinne. Sie signalisieren den Unternehmen, was den Wünschen der Gesellschaft zufolge produziert werden soll und sorgen so für eine effiziente Zuteilung der Ressourcen. Nur wer als Unternehmen bei den Gewinnen unter den Besten ist, kann sich daher auf Dauer im Wettbewerb behaupten und damit seine Zukunft und auch die der Arbeitnehmer sichern.

Gewinne sind also alles andere als unsozial. Und das trifft – anders als oft behauptet – für die Marktwirtschaft generell zu. Sie ist keine Veranstaltung für nur wenige Privilegierte, sondern für die große Masse der Konsumenten.

Unternehmerische Tätigkeit ist kein Selbstzweck. Sie zielt im Wesentlichen darauf, Zukunftschancen zu nutzen und so Bedürfnisse im Markt mit Produkten und Dienstleistungen zu befriedigen – das heißt möglichst viel Wert für möglichst viele Menschen zu schaffen.

Besonders eindrucksvoll zeigte sich die Dynamik der marktwirtschaftlichen Ordnung zuletzt in den marktorientierten asiatischen Schwellenländern. In China zum Beispiel ist die Zahl der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft von 1995 bis 2007 um 40 Prozent auf 455 Millionen gestiegen. Im selben Zeitraum nahm das reale Sozialprodukt pro-Kopf um 170 % zu und die Zahl der von erheblicher Armut Betroffenen hat sich halbiert.

Noch eine weitere – auch moralische – Stärke der Marktwirtschaft verdient herausgehoben zu werden. Die Zuteilung über die Märkte erfolgt meritokratisch: Nicht Geburt, sozialer Stand oder Vermögen zählen, sondern vor allem die individuellen Fähigkeiten und Leistungen. Dies findet in der öffentlichen Debatte viel zu wenig Anerkennung. Dabei muss man sich doch nur absolutistische Willkür, Obrigkeit, staatliches Gutdünken, sozialistische Gleichmacherei oder Vetternwirtschaft vergegenwärtigen, um den großen auch menschlich-moralischen Wert von Wettbewerb, des Kernelements der Marktwirtschaft zu erkennen.

Einer ihrer bedeutenden Wegbereiter in Deutschland, der Ökonom Wilhelm Röpke, fasste dies wie folgt zusammen (Zitat): „Wenn wir zur Marktwirtschaft stehen, so deshalb, weil sie eine der unerlässlichen Voraussetzungen für Freiheit, Recht, Menschenachtung, Friede und Gerechtigkeit ist.“

III.

Die Marktwirtschaft ist für mich ohne Zweifel die beste Wirtschaftsordnung, die wir kennen, aber sie ist natürlich nicht vollkommen. Lassen Sie mich dazu drei Feststellungen machen:

1. Märkte leisten Großes für die wunschgemäße Versorgung der Konsumenten. Sie können aber nicht zusätzlich noch allerlei gesellschaftlich erwünschte Verteilungsergebnisse herbeiführen.
2. Der Wirtschaftsprozess in einer Marktwirtschaft ist dynamisch. Das heißt: Immer wieder sind auch größere Verwerfungen möglich.
3. Um die Stabilität der Marktwirtschaft zu sichern, bedarf es guter Regeln und Rahmenbedingungen, die ständig gepflegt werden müssen.

Zum ersten: Wenn eine Gesellschaft (staatliche) Korrekturen an der Verteilung des Wohlstands durch den Markt wünscht, so ist das grundsätzlich nicht zu verurteilen. Gleichwohl ist jedoch immer nach deren Begründung und Folgen zu fragen.

Selbstverständlich muss der Staat hilfsbedürftige und unverschuldet in Not geratene Menschen unterstützen und ihnen eine Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben bieten. Ein Gemeinwesen, das diesen Namen verdient, braucht Institutionen, die verhindern, dass Menschen ins Bodenlose fallen.

Konsens sollte ebenfalls darüber bestehen, dass der Staat vor allem mithilfe der Bildungspolitik für eine möglichst große Gleichheit der Startchancen – als Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb – sorgen sollte. Dass in diesem Punkt in Deutschland bei weitem noch nicht alles zum Besten steht, habe ich bereits erwähnt.

Forderungen nach einer generell stärker bedarfsorientierten Verteilung gehen darüber jedoch weit hinaus. Ein solches Ansinnen ist schon deshalb falsch, weil es den Wünschen und Fähigkeiten der Menschen, für sich selbst zu sorgen, nicht gerecht wird und sie früher oder später zu passiven Kostgängern des Staates macht, statt sie zu ermuntern, ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben zu führen.

Zudem assoziieren viele Gerechtigkeit mit Gleichheit. Nicht Gleichheit am Start, sondern Gleichheit am Ziel. Ergebnisgleichheit. Eine daran orientierte Umverteilungspolitik steht jedoch im Konflikt mit dem Gemeinwohl. Nivellierende Eingriffe des Staates schwächen immer auch die Leistungsanreize. Am Ende hat jeder so viel wie sein Nachbar, aber beide sind ärmer als sie sonst wären, weil es sich für keinen mehr lohnt, sich anzustrengen. Der Fortschritt bleibt auf der Strecke. Der Zusammenbruch des früheren Ostblocks ist dafür Zeuge.

Der **zweite** Komplex falscher Vorstellungen in Bezug auf die Marktwirtschaft betrifft die Stabilität der Märkte. An das Auf und Ab der Konjunktur, das zur Marktwirtschaft gehört wie die Gezeiten zum Meer, haben sich die Menschen mittlerweile gewöhnt.

Eine Herausforderung sind hingegen nach wie vor immer wieder die selteneren Strukturbrüche etwa infolge bedeutender Innovationen. Fundamentale Neuerungen brechen sich durch „schöpferische Zerstörung“ Bahn (Schumpeter). Das Neue, Bessere entwertet alte Produkte, Prozesse und Verhaltensweisen. Mit dem schon angesprochenen Siegeszug der modernen IT erleben wir alle, welcher tiefgreifenden Wandel Innovationen hervorrufen können.

Auch der Strukturwandel als Folge der Globalisierung fordert uns zu neuen Anstrengungen heraus. Besonders schmerzhaft fruktieren wie etwa Arbeitslosigkeit verursacht er aber vor allem in einer verkrusteten Wirtschaft.

Hohe Innovationsdynamik zeichnet besonders die Finanzmärkte aus. In den vergangenen Jahren haben die Finanzdienstleister zahlreiche neue Anlage-, Finanzierungs- und Absicherungsinstrumente geschaffen. Sie reflektieren den intensiven Wettbewerb auf den globalen Finanzmärkten. Der Wettbewerb sorgt für einen hohen Margendruck bei etablierten Produkten und spornt so die Anbieter an, beständig Neuerungen zu entwickeln.

Dieser Konkurrenzdruck macht die Finanzmärkte jedoch auch störungsanfälliger als früher. Er zwingt die Akteure dazu, alle Chancen, die sich ihnen bieten, konsequent zu nutzen. Kein größerer Finanzdienstleister kann es sich leisten, seinen Kunden Innovationen wie die Verbriefung von Risiken in Form strukturierter Produkte vorzuenthalten oder diese nicht selbst zu nutzen.

Die Folge wäre unweigerlich ein sinkender Aktienkurs, steigende Kapitalkosten, Verlust von Marktanteilen und die Gefahr, übernommen zu werden oder aus dem Markt auszuscheiden.

Aus diesen Zwängen können Übertreibungen resultieren, die in einer Krise enden wie der, die wir zur Zeit erleben. Diese schwere Finanzmarktkrise lässt sich nicht, wie heute mehrheitlich festzustehen scheint, als Folge von "Gier" oder generell moralischem Fehlverhalten werten. Ja, es hat Gesetzesverstöße gegeben. Dies ist nicht akzeptabel und muss gebührend geahndet werden. Ja, eine Reihe von Führungskräften sind ihrer Vorbildfunktion und damit ihrer besonderen Verantwortung nicht gerecht geworden. Das ist kritikwürdig.

Die Finanzmärkte sind auch nicht in Unordnung geraten, weil in der Wirtschaft die Gehälter von Führungskräften in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sind als die Entgelte für einfachere Tätigkeiten. Sicher haben Banken die Anreizsysteme für ihre Mitarbeiter teilweise zu stark an deren kurzfristigen und zu wenig an den langfristigen Erfolg gekoppelt. Aber das ist nur ein Mosaikstein in einer Vielzahl von

Ursachen für die aktuelle Krise. Und die hier gebotenen Maßnahmen zur Abhilfe sind im Übrigen vielfach bereits auf den Weg gebracht.

Kern des Problems ist auch nicht die Verbriefung von Schulden und ihre globale Verteilung. Diese ist im Gegenteil grundsätzlich positiv zu bewerten. Denn auch hier gilt, dass viele Schultern mehr tragen können als wenige. Als Problem erwies sich in diesem Zusammenhang vielmehr die Unkenntnis darüber, welche Marktteilnehmer in welchem Maße exponiert waren. Also der Mangel an Transparenz.

Als dieser Mangel an Transparenz offenkundig wurde, verkauften die Marktteilnehmer reflexhaft alle Vermögenswerte und Schuldenpositionen, die sie auch nur irgendwie als problembehaftet betrachteten, und zwar, ausgehend vom Subprime-Segment in den USA, über alle Anlageklassen hinweg. Was als schwere, aber zunächst gleichwohl beherrschbar erscheinende regionale Erschütterung in den USA begann, entwickelte sich so zu einer Abfolge von Erdbeben mit unterschiedlichen Epizentren über das globale Finanzsystem hinweg.

Außerdem: Nicht nur in der Bankenbranche wurden Fehler gemacht. Alle Akteure haben Fehler gemacht. So wurde der Boom am US-Immobilienmarkt, der die Krise auslöste, auch durch die erklärte politische Absicht verschiedener US-Administrationen [Clinton, Bush] nach breit gestreutem Wohneigentum und durch eine expansive Geldpolitik in den USA befeuert. Schwachstellen finden sich auch im Bereich der Finanzaufsicht und der Regulierung der Finanzmärkte. Hier bestand zu lange ein Flickenteppich nationaler Ansätze und Regeln, der nicht (mehr) zu den globalen Finanzmärkten passte.

Kurz – und damit bin ich bei meinem **dritten Punkt**: Es fehlte insgesamt an der richtigen Rahmenordnung. Lassen Sie mich hier Walter Eucken, einen der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, zitieren: „Eine ethische Besserung des Menschen kann die Schäden der Ordnung nicht beseitigen. Die Gesamtordnung sollte so sein, dass sie den Menschen das Leben nach ethischen Prinzipien ermöglicht.“

In einem marktwirtschaftlichen System, das vor allem charakterisiert ist durch Wettbewerb, müssen moralische Prinzipien in der Rahmenordnung enthalten sein. Diese Rahmenordnung aber ist Aufgabe der Politik. Es zeuge daher, so der renommierte Wirtschaftsethiker Professor Karl Homann (Zitat), "von Blindheit und Selbstgerechtigkeit, wenn ausgerechnet Politiker von den Banken verlangen, die Versäumnisse der Politik durch individuelle Tugenden wie Mäßigung zu kompensieren".

Zweifellos wies das Ordnungssystem der Finanzmärkte zuletzt erhebliche Schwachstellen auf. Diese zu beheben, wie beispielsweise die Architektur des globalen Finanzsystems deutlich zu verbessern, muss nun unser aller Ziel sein. Banken und Bankvorstände haben hier eine besondere Verpflichtung. Sie immer wieder an den Pranger zu stellen, ist aber nicht nur einseitig, es erschwert auch, das notwendige Vertrauen in diesen Schlüsselbereich der Wirtschaft und in die Marktwirtschaft insgesamt zurückzugewinnen und verlängert die Probleme für viele Menschen.

Oberstes, auch moralisches Gebot, ist für mich daher heute: Politik und Wirtschaft müssen bei der Wiederherstellung des Vertrauens und der Gestaltung eines neuen Ordnungsrahmens partnerschaftlich zusammenarbeiten. Wir sitzen alle in einem Boot.

Ein guter Ordnungsrahmen lässt den Märkten genügend Spielraum um ihre Allokationsfunktion zu erfüllen, hält sie aber zugleich soweit im Zaum, dass sie nicht übertreiben und sich selbst die Grundlage entziehen.

Fehlsteuerung und Fehlverhalten kommen am Markt vor allem zum Tragen, wenn

- der Wettbewerb eingeschränkt ist, weil es an Offenheit der Märkte, einer geeigneten staatlichen Wettbewerbspolitik oder Chancengleichheit mangelt,
- und die staatliche Geldversorgung oder Subventionen sowie Sozialtransfers zu großzügig bemessen sind.

Eine vom Staat geschützte Wettbewerbsordnung mit klaren Eigentumsrechten, die auch eine adäquate Haftung einschließen, ein stabiler Geldwert und subsidiäre Zurückhaltung des Staates im Sozialbereich bilden denn auch in Verbindung mit möglichst umfassender Chancengleichheit und Selbstverantwortung der Bürger die Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft.

„In der Marktwirtschaft wie im Fußball“, so Erhard, „sind feste Regeln die Voraussetzung für ein faires Spiel.“ Der Staat muss die notwendigen Regeln setzen und über deren Einhaltung wachen. Er darf aber nicht selbst als aktiver Spieler im marktwirtschaftlichen Wettstreit mitwirken. Dieser Grundsatz sollte auch bei den aktuellen Nothilfen beachtet werden. Es ist zwar gegenwärtig unverzichtbar, dass der Staat im Finanzsektor einzelne Unternehmen stützt, er tut das aber nicht in der Absicht, deren Verluste zu sozialisieren. Zweck ist vielmehr zu verhindern, dass sich die Serie der schweren Erdbeben an den Finanzmärkten fortsetzt, weitere Institute und Marktsegmente existenziell gefährdet und damit unsere Wirtschaft und den allgemeinen Wohlstand zusätzlich schwächt.

Freilich darf die staatliche Beteiligung aber keine Dauereinrichtung werden. Deswegen müssen wir schon heute über Ausstiegszenarien für den Staat nachdenken. Wenn der Staat zu lange in den Banken involviert bleibt, beeinträchtigt dies den Wettbewerb und verfälscht damit die Marktwirtschaft.

IV.

Ein guter Ordnungsrahmen sorgt auch dafür, dass die Menschen individuell Verantwortung übernehmen und bürgerliches Engagement blüht – auch bei Unternehmen. Das Zusammenspiel all dieser Elemente schafft das Vertrauen, das unsere Wirtschaftsordnung gerade jetzt besonders braucht.

Unternehmen operieren nicht im luftleeren Raum, sie sind Teil der Gesellschaft: Je gesünder das soziale Umfeld, desto größer ihre Erfolgchancen, je intakter die Gesellschaft, desto gesicherter auch die Existenz der Firmen. Schon im ureigenen, längerfristigen Interesse

müssen Unternehmen somit ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen und sozial verantwortliche Unternehmensbürger sein.

Bei der Deutschen Bank sehen wir gesellschaftliche Verantwortung als integralen Bestandteil unserer Arbeit – zum eigenen Wohle wie auch zum Wohle der Allgemeinheit. Wir betrachten es als unsere wichtigste soziale Verantwortung, international wettbewerbsfähig zu sein, Gewinne zu erwirtschaften und als Unternehmen zu wachsen. Nur so schaffen wir Wert – für uns selbst wie für die Gesellschaft: Als Anbieter attraktiver Produkte und Dienstleistungen, als Arbeitgeber, als Steuerzahler und nicht zuletzt als Förderer und Mäzen. So schaffen wir nicht nur möglichst viel unternehmerisches Kapital, sondern auch soziales Kapital.

Wir sehen es aber auch als unsere Aufgabe an, negativen sozialen Externalitäten in unseren Aktivitäten möglichst vorzubeugen, einfacher gesagt: unser Geld in sozial möglichst verantwortungsvoller Weise zu verdienen. Corporate Social Responsibility muss fest in die Geschäftspolitik und Geschäftsprozesse integriert und bei allen geschäftlichen Entscheidungen gebührend berücksichtigt werden. CSR

muss gewissermaßen Teil unserer DNA sein und sich in gelebter Verantwortung bei jedem einzelnen Manager manifestieren.

Selbstverständlich müssen viele daran mitwirken, damit das Vertrauen in die Marktwirtschaft wieder zunimmt. Aber ich bin optimistisch. In der aktuellen Krise hat die Politik im Großen und Ganzen richtig und verantwortungsbewusst gehandelt. In den entscheidenden Parteien stellt niemand die Marktwirtschaft in Frage. Und auch die Bürger agieren ganz überwiegend besonnen. All das stimmt zuversichtlich.

Ich bin sicher, am Ende wird sich der gesunde Menschenverstand durchsetzen. Dieser sagt uns, was wir brauchen: Eine freiheitliche Ordnung mit einem starken Staat als Ordnungsgeber und Ordnungshüter, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Diese Ordnung gilt es immer wieder neu und entsprechend den konkreten Erfordernissen der Zeit zu festigen. Das ist die Aufgabe, vor der wir heute wieder einmal alle gemeinsam stehen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!